

Stellungnahme der FDP/FW Gemeinderatsgruppierung zum

Haushalt 2020

Die Haushaltssatzung 2020 ist ein Weckruf! Die Haushaltssatzung zeigt, wir leben in Gmünd über unsere Verhältnisse. Die Aufwendungen sind höher als die Erträge! Das ordentliche Ergebnis ist mit fast minus 3 Millionen Euro tief rot. Nur durch Sondereffekte – außerordentliche Erträge aus Grundstücksverkäufen - kommen wir in diesem Jahr auf ein positives Ergebnis und so gerade noch einmal mit einem blauen Auge davon!

Dies ist keine nachhaltige und zukunftsweisende Haushaltspolitik, zumal die Prognosen für die Zukunft noch deutlich erschreckender sind. Für 2022 wird ein negatives Ergebnis von fast 2 Millionen und für 2023 ein negatives Ergebnis von fast 5,5 Millionen Euro prognostiziert. Gmünd befindet sich daher auf dem besten Weg in eine neue Abwärtsspirale, die uns jeglichen Handlungsspielraum nehmen und auf Jahre hinaus in der Entwicklung bremsen würde! Dies kann weder im Interesse der Stadtverwaltung noch des Gemeinderats und insbesondere nicht der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt sein.

Also, was ist zu tun? Gmünd muss künftig zunächst einmal bedeutend wirtschaftlicher handeln!

Wir müssen einerseits unsere Ausgaben begrenzen und andererseits unsere Einnahmen erhöhen! Dies ist zwingend notwendig, wollen wir auch in Zukunft handlungsfähig sein und Dinge gestalten wollen. Folgende Überlegungen sollen hierbei helfen:

Bei den Aufwendungen ist zunächst eine kritische Durchleuchtung der kommunalen Aufgaben und Tätigkeitsfelder angezeigt. Ist wirklich jede Aufgabe, die wir als Kommune wahrnehmen eine kommunale Pflichtaufgabe? Hier ist eine kritische Bestandsaufnahme nötig, um einen Überblick darüber zu bekommen, wo wir stehen.

Was leisten wir uns? Was müssen wir uns leisten? Was wollen wir uns leisten und was können wir uns leisten?

Wenn es sich bei einer Aufgabe nicht um eine kommunale Pflichtaufgabe handelt, ist diese nur zu rechtfertigen, wenn sie nachhaltig der Zukunftsfähigkeit der Stadt dient.

Auch sind die Personalkosten einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Muss wirklich jede Stelle im Zuge eines ruhestandsbedingten Ausscheidens neu besetzt werden? Oder kann auf eine Neubesetzung im Zuge fortschreitender Automatisierung bzw. Digitalisierung der Arbeitswelt ggf. verzichtet werden?

Auch mag man sich hier vom Bund bzw. vom Land im Stich gelassen fühlen. Aber es ist am Ende nicht zielführend auf den Bund oder das Land zu schimpfen, diese würden den Kommunen zwar immer weitere Pflichten aufbürden, die entsprechende finanzielle Ausstattung dabei aber komplett vernachlässigen. Gerade wenn vom Bund / dem Land keine finanzielle Hilfe zu erwarten ist, sind wir darauf angewiesen, uns selbst zu helfen!

Was die Einnahmenseite anbelangt, so speisen im Wesentlichen die Gewerbesteuer und die Einkommenssteuer den städtischen Haushalt.

Was die Gewerbesteuereinnahmen anbelangt, zeichnet sich eine stete Verringerung dieser Einkommensquelle ab. Analog der Körperschaftssteuerlichen Organschaft, nutzen immer mehr Unternehmen das neue Instrument der gewerbesteuerlichen Organschaft, die zu schmerzhaften Ertragsverlusten seitens der Stadt führt.

Hier muss gegengesteuert werden, indem wir uns intensiver um gewerbliche/industrielle Neuansiedlungen bemühen.

Dies gilt insbesondere auch vor dem Hintergrund der jüngsten dramatischen Ereignisse beim größten Arbeitgeber Gmünds, der Bosch AS. Wenn jetzt knapp die Hälfte (!) der Belegschaft am Standort Gmünd abgebaut werden soll, so hat diese erschütternde Hiobsbotschaft nicht nur fatale Folgen für den Wirtschaftsstandort Schwäbisch Gmünd, sondern für die ganze Region!

Besonders ärgerlich und misslich ist in diesem Zusammenhang, wenn wir im Gemeinderat ein Signal nach außen geben, dass wir auf gewerbliche Neuansiedlungen nicht angewiesen seien – wie jüngst im Verwaltungsausschuss in Sachen Amazon geschehen.

Wie die Entscheidung in Sachen Amazon am Ende ausgegangen wäre, hätte man die Verhandlungen weitergeführt, lässt sich nicht sagen, aber die Gespräche bereits im Verwaltungsausschuss zu beenden, war eine dumme, eine kurzsichtige Entscheidung!

Natürlich muss man miteinander im Gespräch bleiben, zumal solche Investitionsentscheidungen regelmäßig Folgeinvestitionen nach sich ziehen. Dies hätte man näher besprechen und untersuchen müssen und schließlich im Gemeinderat – und nicht im Verwaltungsausschuss (in dem wir übrigens keinen Sitz haben) – entscheiden müssen!

Die Gewerbe- und Industriepolitik in Gmünd muss bedeutend breiter aufgestellt und wesentlich gestärkt werden. Verglichen mit Aalen oder Göppingen, verfügt Gmünd über keine vergleichbare industrielle Mittelstandsbasis.

Dies mag auch daran liegen, dass sowohl Göppingen als auch Aalen über eigene technische Hochschulen verfügen. Unternehmen siedeln sich letztlich insbesondere auch da an, wo sie qualifizierte Arbeitskräfte vorfinden.

Wir tun daher gut daran, die technische Ausbildungskompetenz in unserer Stadt zu stärken. In Göppingen befindet sich eine Außenstelle der Hochschule Esslingen. Entsprechend könnte in

Schwäbisch Gmünd eine Außenstelle der Hochschule Aalen etabliert werden. Der Studiengang „Internet der Dinge“ der Hochschule Aalen wird ja bereits in Schwäbisch Gmünd durchgeführt. Eine gemeinsame überparteiliche Gmünder Initiative im Kreistag wäre ein erster Schritt.

Ferner muss die Ertragsquelle Einkommensteuer gestärkt werden!

Es ist ein Alarmsignal, wenn die Durchschnittseinkommen in Waldstetten und Mutlangen um knapp 30% höher sind als in Schwäbisch Gmünd – in Aalen sind sie immer noch um knapp 15% höher.

Gmünd hat ein großes Herz und tut überdurchschnittlich viel für notleidende und bedürftige Menschen - das ist nicht selbstverständlich und verdient daher höchsten Respekt. Andererseits dürfen wir aber auch nicht diejenigen aus dem Blick verlieren, die unser Gemeinwesen mit ihren Steuern und Abgaben finanzieren. Will man nicht, dass sich diese Personengruppen in umliegenden Gemeinden ansiedeln bzw. dorthin abwandern, muss Gmünd auch diesen Personengruppen geeignete Angebote machen. Dies gilt insbesondere auch für die Ausweisung neuer Baugebiete. Wir sind auf diese Personengruppen angewiesen!

Wir benötigen in Gmünd – und gerade auch in der Kernstadt – attraktive Wohnangebote für junge Familien. Das letzte Neubaugebiet in der Weststadt zum Beispiel ist mittlerweile auch schon 10 Jahre alt. Schaffen wir es nicht, junge Familien durch attraktive Wohnangebote in der Stadt zu halten bzw. anzusiedeln, wird dies dramatische Auswirkungen auf die Bevölkerungsentwicklung der Innenstadt haben.

Was den gemeinsamen Antrag „Lebenswerte Altstadt“ anbelangt ist es uns wichtig zu betonen, dass dies kein von oben verordneter Prozess ist und sein darf - gerade auch mit Blick auf eine mögliche autofreie Innenstadt. Der ganze Prozess muss sich ergebnisoffen

gestalten. Entscheidend ist hier, alle Beteiligten, wie z.B. Anwohner und Gewerbetreibende, von Beginn an eng einzubinden, und dass die Umsetzung für die Stadt und alle Beteiligten einen wirklichen Mehrwert bringt. Wichtig ist daher auch eine wissenschaftliche Begleitung.

Und über das vom Land aufgelegte und finanziell unterstützte Modellprojekt „Kompetenznetz Klima Mobil“ neue Mobilitätsformen im Rahmen eines Pilotprojekts auszuprobieren, ist ebenfalls unterstützenswert. Für uns ist in diesem Zusammenhang wichtig, dass niemandem vorgeschrieben wird, welche Mobilitätsform er/sie künftig nutzen darf oder soll, sondern alle Bürgerinnen und Bürger weiterhin frei in der Wahl ihrer Mobilitätsform bleiben.

Schade finde ich, und das sage ich hier ganz offen, dass man hier nicht auch die Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion eingebunden hat. Letztlich treibt das Thema „Lebenswerte Altstadt“ alle um und der Antrag ist so breit und offen formuliert, dass sich darin fast jeder wiederfinden kann.

Aber letztlich stehen die spannenden Debatten ja noch aus, wenn es darum geht die einzelnen Ziele konkret mit Leben zu füllen.

Herr OB, wir begrüßen ausdrücklich Ihre Initiative zur Agenda 2030. Wir benötigen Visionen und Strategien für das kommende Jahrzehnt. Gmünd benötigt den nächsten Entwicklungsschub! Das Projekt „Lebenswerte Altstadt“ kann hierzu einen Baustein liefern.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch ein paar Worte zum Thema Klimaschutz sagen, das mittlerweile ja fast schwer wie Blei auf diesem Gremium liegt.

Der Klimaschutz ist ohne Zweifel ein wichtiges, ja ein überlebenswichtiges Thema für die gesamte Menschheit unseres Planeten – keine Frage! Wenn die Klimaschutzdebatte aber dazu führt, ortsansässigen Gewerbetreibenden aus vermeintlichen

Klimaschutzgründen die Erweiterung ihres Betriebs zu untersagen, wird die Debatte absurd!

Wir dürfen hierbei nicht die Fakten und Gesamtzusammenhänge außer Acht lassen. Wir leben in Gmünd bzw. dem Ostalbkreis nicht unter einer Klimaglocke - wir sind klimapolitisch nicht autark.

Im Gegenteil, wir in Gmünd und dem Ostalbkreis sind Teil des Gesamtsystems. Und zu diesem Gesamtsystem tragen wir in Deutschland gerade mal mit 2% der Treibhausmissionen bei. Alles was wir in Deutschland in Sachen Klimaschutz unternehmen, ist letztlich für das Gesamtsystem nicht relevant und hat lediglich eine symbolische Bedeutung!

Das heißt natürlich nicht, dass wir als eines der bedeutendsten Industrieländer hier nicht mit gutem Beispiel voranzugehen haben. Aber diese Vorreiterrolle wird in Ländern mit den höchsten CO₂-Emissionen, wie z.B. Brasilien, Indien oder China nur dann Nachahmer finden, wenn sie auf technischen Innovationen beruht, die die Menschen nicht in ihrem Streben nach Wohlstand einschränkt. Wir können den Menschen dort nicht absprechen, dass sie so leben wollen wie wir. Einer Verbotspolitik, wie sie in Deutschland von vielen gefordert wird, werden diese Menschen eben nicht Folge leisten.

Letztlich zeichnet sich das öffentliche Recht stets dadurch aus, dass es um die Abwägung multipler, teils widerstreitender Interessen geht. Der Klimaschutz kann hierbei nur ein Abwägungsargument unter vielen sein – darf aber nicht als Totschlagargument instrumentalisiert werden.